

WENDLINGEN

Kurve bleibt trotz Studie eingleisig

23.01.2016, —



Matthias Gastel (Grüne): Bund wiegelt Bedeutung der Wendlinger Kurve ab

WENDLINGEN (pm). Schon bei der Schlichtung zu Stuttgart 21 war sie ein Streitpunkt: die „Wendlinger Kurve“. Denn die Deutsche Bahn plant die Bahnverbindung zwischen der Neubaustrecke entlang der Autobahn und der bestehenden Strecke zwischen Stuttgart und Tübingen eingleisig. Wie Matthias Gastel, Bundestagsabgeordneter der Grünen, in einer Pressemitteilung schreibt, hätten schon damals Kritiker bezweifelt, dass die Leistungsfähigkeit ausreicht und die zweigleisige Ausführung gefordert.

Nun sei in einer Studie, die von der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden sei, empfohlen worden, das Schienenstück zweigleisig zu bauen. Dies, so gehe aus der Studie hervor, sei notwendig, um Engstellen zu vermeiden und an Knotenbahnhöfen optimale Umsteigemöglichkeiten zu schaffen.

Wie Gastel weiter mitteilt, habe die Bundesregierung vor Kurzem auf seine Nachfrage erklärt, dass sie die zweigleisige Wendlinger Kurve für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans prüfen und bewerten lasse. Der Bundesverkehrswegeplan, so Gastel, habe sich aber bereits mehrfach verzögert und sei bald ein Jahr überfällig.

Inzwischen habe die Deutsche Bahn die Bauarbeiten für die Wendlinger Kurve vergeben. Und zwar eingleisig. „Gebaut wird also, was vom Gutachter des Bundes für unzureichend befunden wurde“, schreibt Gastel in der Presseerklärung. Der Grünen-Abgeordnete, der Mitglied des Bundestags-Verkehrsausschusses ist und dessen Arbeitsschwerpunkt die Bahnpolitik darstellt, habe der Bundesregierung hierzu erneut Nachfragen gestellt. Er wolle wissen, welche Konsequenzen die Bundesregierung daraus zieht, dass kleiner gebaut werde als gutachterlich für notwendig gehalten werde und was der nachträgliche Zubau eines zweiten Gleises kosten würde.

„Auf den zweiten Fragenteil antwortete die Bundesregierung nicht. Und ansonsten wiegelte der Bund nur ab“, so Gastel: „Der Verweis auf den Planfeststellungsbeschluss ist ebenso wenig stichhaltig wie die Aussage, es würde nur Nahverkehr fahren. Denn seither hat sich viel verändert. So bestellt das Land mehr Regionalzüge und die Bahn plant, vermehrt Fernzüge rollen zu lassen. Der Bund darf es nicht sehenden Auges zulassen, dass hier ein Engpass geschaffen wird, der Verspätungen im Bahnverkehr verursacht und möglicherweise später teure Nachbesserungen erforderlich macht“, schreibt Gastel in der Pressemitteilung.